

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/2250, 10/2530 und 10/2670
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Haushaltsgesetz und Personalhaushalt

Berichterstatter Abgeordneter Trinius SPD (Haushaltsgesetz)

Abgeordneter Dautzenberg CDU (Personalhaushalt)

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 - Drucksachen 10/2250, 10/2530 und 10/2670 - wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

"§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 wird in Einnahme und Ausgabe auf 61 006 815 700 Deutsche Mark festgestellt."

Datum des Originals: 14.12.1987 /Ausgegeben: 14.12.1987

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 88 44 38, zu beziehen.

2. In § 2 Abs. 1 wird der Höchstbetrag der Kreditmittel auf 5.913.052.500 DM geändert.

3. § 4 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

"(7) Der Kultusminister wird ermächtigt, Verpflichtungen zur Abdeckung von Ersatzansprüchen aus der Dauerleihgabe von Kunstwerken an die Stiftung Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen bis zur Höhe von insgesamt 34.750.000 DM zu übernehmen."

4. § 7 wird um folgenden Absatz ergänzt:

"(11) Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzministers bei den Medizinischen Einrichtungen - mit Ausnahme des Kapitels 06 152 - im Rahmen des jeweils veranschlagten Zuführungsbeitrages zusätzliche Zeitstellen für Angestellte und Arbeiter, die unmittelbar der Krankenversorgung dienen, unter der Voraussetzung einzurichten, daß die entsprechenden Mehrerträge in Vereinbarungen mit den Kostenträgern (Krankenkassen) ausdrücklich für zusätzliches Personal zugestanden werden."

5. § 7a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 6 Buchstabe c) erhält folgende Fassung:

"c) Im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung:

Planstellen und Stellen der Medizinischen Einrichtungen Essen sowie bei den übrigen Medizinischen Einrichtungen die Planstellen und die Stellen, die der Krankenversorgung dienen, sowie die Planstellen und Stellen, die in die Feststellung der Ausbildungskapazität eingegangen sind - außerdem bei Fachhochschulen auch die Stellen der Dienstart 08 bei Titel 425 10 und der Dienstart 01 bei Titel 426 10 in Lehreinheiten mit erschöpfender Nutzung."

b) In Absatz 2 Satz 1 Buchstabe b) wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgender Buchstabe c) angefügt:

"c) im Geschäftsbereich des Kultusministers in Höhe von bis zu 150 Planstellen zur unbefristeten Einstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern mit vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen zur Verbesserung des Unterrichtsangebots, davon 135 Planstellen bei Kapitel 05 410 und 15 Planstellen bei Kapitel 05 440."

c) Absatz 3 Buchstabe c) erhält folgende Fassung:

"c) Abweichend von a) und b) im Geschäftsbereich des Kultusministers

- bis zu 220 Planstellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern, die nach dem Haushaltsgesetz 1986 unbefristet mit verringerter Pflichtstundenzahl eingestellt worden sind,
- bis zu 633 Planstellen zur unbefristeten Einstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern mit vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen zur Verbesserung des Unterrichtsangebots, davon bis zu 30 Planstellen bei Kapitel 05 330, bis zu 60 Planstellen bei Kapitel 05 340, bis zu 20 Planstellen bei Kapitel 05 360, bis zu 400 Planstellen bei Kapitel 05 380, bis zu 60 Planstellen bei Kapitel 05 390, bis zu 50 Planstellen bei Kapitel 05 410 und bis zu 13 Planstellen bei Kapitel 05 440."

6. Die Anlage 1 zum Haushaltsgesetz erhält die aus der Anlage zu diesem Bericht ersichtliche Fassung.

Bericht

I. Beratungsverfahren

Allgemeines

Der Gesetzentwurf wurde in der Sitzung des Landtags am 16. September 1987 vom Finanzminister namens der Landesregierung eingebracht und in der Plenarsitzung am 23. September 1987 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß der Personalhaushalt einschließlich der Personalausgabeansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" beraten wird.

Die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses sind aus dem beigehefteten Bericht - Vorlage 10/1300 - zu ersehen.

Die Beratung der Einzelpläne zum Haushaltsgesetz oblag den Fachausschüssen. Der federführende Haushalts- und Finanzausschuß hat sich abschließend am 10. Dezember 1987 damit befaßt. Einzelheiten über die Beratungsergebnisse sind aus den Berichten zu den Einzelplänen des Haushalts - Drucksachen 10/2621 bis 10/2634 - zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 am 8. Oktober und 12. November 1987 beraten und in seiner Schlußsitzung am 10. Dezember 1987 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse - siehe die o.a. Berichte - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt wird auch auf den Bericht zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1988 (Gemeindefinanzierungsgesetz 1988) - Drucksache 10/2252 - verwiesen.

Die von der Landesregierung vorgelegten Ergänzungen zum Haushaltsentwurf - Drucksachen 10/2530 und 10/2670 - wurden in die Beratungen einbezogen.

II. Beratungsergebnisse

1. Haushaltsgesetz (Drucksachen 10/2250, 10/2530 und 10/2670)

Zu § 1

Die Änderung der Schlußsumme ergibt sich aus den Beratungsergebnissen der Fachausschüsse und des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses.

Auf die beigefügte Haushaltsübersicht (Anlage 1) wird verwiesen.

Zu § 2

Die Erhöhung der Nettokreditermächtigung um 28.000.000 DM auf 5.913.052.500 DM ist im Zusammenhang mit der Erhöhung der bei Kapitel 14 650 Titel 325 00 veranschlagten Kreditmarktmittel (vgl. Drucksache 10/2634) auf Antrag der Fraktion der SPD mit deren Stimmen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion beschlossen worden.

Der Sprecher der Fraktion der SPD hatte zuvor erklärt, man müsse akzeptieren, daß die im Haushalts- und Finanzausschuß beschlossenen Haushaltsausweitungen durch eine Erhöhung der Kreditermächtigung gedeckt werden, weil dies zuvor bei verschiedenen Titeln bereits im Einzelfall angekündigt worden sei.

Zu § 4

Die von der SPD beantragte Neufassung des Absatzes 7 wurde wie folgt begründet:

"Neben den bisherigen Dauerleihen "Le Mandoliniste 1911" und "White Flag" werden der Kunstsammlung weitere drei Bilder und eine Plastik von Cy Twombly zur Verfügung gestellt. Für die Bilder sind Sicherheiten von je 2 Mio DM erforderlich, die Plastik wird mit 750.000 DM beziffert, so daß sich zusammen mit den beiden erstgenannten Bildern eine Gesamtsumme von 34.750.000 DM ergibt."

Diese Neufassung wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Zu § 7

Zur Begründung der Einfügung des Absatzes 11 wird auf die beigehefteten Vorlage 10/1300 verwiesen. Die Änderung wurde im Haushalts- und Finanzausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die der F.D.P. angenommen.

Zu § 7aa) Abs. 1, Satz 6, Buchstabe c)

Auch hier wird auf die aus der beigehefteten Vorlage 10/1300 ersichtliche Begründung verwiesen.

Die Änderung wurde im Haushalts- und Finanzausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

b) Abs. 2, Satz 1, Buchstabe c)

Die Ergänzung des § 7a, Abs. 2, Satz 1 um den Buchstaben c) wurde von der SPD-Fraktion beantragt. Der Haushalts- und Finanzausschuß beschloß diese Ergänzung in seiner Sitzung auf Empfehlung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" bei gleichem Abstimmungsverhalten mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen.

c) Abs. 3 Buchstabe c)

Durch Beschluß der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", der mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der F.D.P. gefaßt worden war, zu dem durch die 2. Ergänzung zum Haushalt 1988 (Drucksache 10/2670) eingefügten § 7a Abs.3 Buchstabe c) war die kapitelscharfe Aufteilung der Planstellen für Lehrer zunächst ausgeklammert worden, um dem Fachausschuß Gelegenheit zu geben, sich damit zu beschäftigen. In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wurde zunächst mit gleichem Abstimmungsergebnis über diesen Beschluß der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" abgestimmt; die anschließende Abstimmung der Aufteilung der Planstellen auf die einzelnen Kapitel entsprechend dem Votum (Vorlage 10/1398) des Fachausschusses - welches im übrigen von der ursprünglich vorgesehenen Aufteilung abwich - erfolgte mit den Stimmen der SPD gegen die der Oppositionsfraktionen.

Zu der Anlage 1

Die Neufassung der Anlage ist eine zwangsläufige Folge der Beschlüsse zur 2. Lesung des Haushalts.

Sonstige Beratungspunktea)

Darüber hinaus hat die CDU-Fraktion in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erneut ihren bereits in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" gestellten Antrag wiederholt, § 7a Abs. 1 neu zu fassen, und zwar dergestalt, daß im Jahre 1988 anstelle der zur Zeit vorgesehenen 9-monatigen Stellenbesetzungssperre 2.000 Planstellen oder Stellen in Abgang gestellt werden. (Vgl. auch beigeheftete Vorlage 10/1300).

Zur Begründung führte sie aus, daß zum einen auch durch die Stellenabsetzung der Konsolidierungsbeitrag von 120 Mio DM erreicht, zum anderen jedoch die Absetzung selber aufgabenkritisch vorgenommen werden könne. Hierdurch könne ein gewisser Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, ihre aufgabenkritischen Überlegungen zum Personalaufwand zu verstärken.

Demgegenüber bekräftigte die SPD-Fraktion ihre Zweifel an dem vorgeschlagenen Weg, da nach ihrer Auffassung bei der von der CDU vorgesehenen Absetzung zunächst die freien Planstellen oder Stellen abgesetzt würden und es so erst recht zu einem rein zufälligen und nicht zu einem aufgabenkritischen Ergebnis käme.

Auch die F.D.P.-Fraktion bezweifelte die angestrebte Wirkung des CDU-Antrages und unterstrich ihre ablehnende Haltung sowohl gegenüber diesem Antrag, als auch gegenüber der im Gesetz vorgesehenen 9-monatigen Besetzungssperre.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und F.D.P. abgelehnt.

b)

Ein Antrag der Fraktion der CDU, § 11 zu streichen und die §§ 12 bis 14 in §§ 11 bis 13 umzubenennen, wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Unter Bezugnahme auf die Erörterungen im zuständigen Fachausschuß hatte die CDU zu diesem Antrag erklärt, es gehe darum sicherzustellen, daß die Rückflüsse im Bereich der Wohnungsbauförderungsanstalt nicht für konsumptive sondern weiterhin für investive Maßnahmen zur Verfügung gestellt würden.

2. Personalhaushalt

Der Haushalts- und Finanzausschuß übernahm in seiner Schlußabstimmung einstimmig alle bereits in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" einstimmig gefaßten Beschlußempfehlungen. Gesondert diskutiert und abgestimmt wurden, ergänzt durch den mündlichen Vortrag des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", die Änderungen in den Einzelplänen, die in der Arbeitsgruppe zu kontroversen Abstimmungen geführt hatten. Insoweit wird auf den beigehefteten Bericht - Vorlage 10/1300 - verwiesen. Hierbei kam es bei weitgehend gleichem Abstimmungsverhalten im wesentlichen zu einer Bestätigung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe. Der Vertreter der F.D.P.-Fraktion wies dabei darauf hin, daß seine Abwesenheit bei Abstimmungen in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" als Enthaltung zu werten sei. Darüber hinaus wurden in der Schlußsitzung weitere Anträge zum Personalhaushalt gestellt (vgl. Anhang zu diesem Bericht). Bei der Gesamtdiskussion waren insbesondere folgende Punkte Gegenstand eingehender Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß:

2.1 Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Auf Antrag der Fraktion der CDU war der Beschluß über das Votum des Hauptausschusses, an 3 Stellen für Kraftfahrer den Sperrvermerk aufzuheben, damit diese ausgeschiedenen Ministerpräsidenten des Landes NW als ständige persönliche Fahrer zugewiesen werden können, in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" bis zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zurückgestellt worden.

Die Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 10.12.1987 wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden unterbrochen, um der Arbeitsgruppe im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung die Gelegenheit zu einer erneuten Beratung zu geben. Dabei kam diese zu dem einstimmigen Ergebnis, das Votum des Hauptausschusses abzulehnen, da der Ministerpräsident die Angelegenheit nach ihrer Auffassung im Rahmen seines Fahrerpools in eigener Zuständigkeit regeln könne.

Gleichzeitig empfahl die Arbeitsgruppe, bis zur 3. Lesung eine Protokollnotiz zu erarbeiten, mit der etwaige Bedenken des Landesrechnungshofes gegen diese Handhabung von vornherein ausgeräumt würden.

Der Haushalts- und Finanzausschuß übernahm diesen Vorschlag einstimmig.

2.2 Einzelplan 03 - Innenminister

In der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erklärte die CDU-Fraktion, daß sie ihr Votum in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" insoweit korrigieren wolle, als sie der Einrichtung von 50 Planstellen für Kriminalkommissare und von 50 Anwärterstellen, bei entsprechender Absetzung von 50 Planstellen für Polizeimeister/Polizeihauptwachtmeister des Schutzpolizeibereiches mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Verstärkung des kriminalpolizeilichen Bereiches zustimme; hierdurch ergab sich ein einstimmiger Beschluß der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", der vom Haushalts- und Finanzausschuß gleichfalls einstimmig übernommen wurde.

Im Verlauf der weiteren Beratungen beantragte die SPD-Fraktion, weitere 7 Stellen für den Luftverkehrskontrolldienst für den Regionalflughafen in Paderborn einzurichten, da die Stellen nach ihrer Auffassung für eine Ausdehnung des Flugverkehrs in 1988 unbedingt erforderlich sind. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen beschlossen.

2.3 Einzelplan 04 - Justizminister

Im Hinblick auf die dringend erforderliche Verstärkung des richterlichen Dienstes in der Finanzgerichtsbarkeit erklärte sowohl die CDU-Fraktion als auch die F.D.P.-Fraktion, daß sie ihr in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" abgegebenes Votum insoweit korrigieren und dem Antrag auf Einrichtung von 23 Planstellen und Stellen für die Finanzgerichtsbarkeit zustimmen. Der sich hierdurch ergebende einstimmige Beschluß wurde vom Haushalts- und Finanzausschuß übernommen.

2.4 Einzelplan 05 - Kultusminister

Die CDU griff in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erneut ihren Antrag auf, einen Einstellungskorridor für Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen. Da durch die Einfügung des § 7a Abs. 3 Haushaltsgesetz 1988 ein solcher Korridor faktisch bereits für 633 Lehrer geschaffen wird, reduzierte sie ihren ursprünglichen Antrag von 1.500 auf 867 Stellen. Der Antrag wurde - wie in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" - mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

3. Ergebnis

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse sowie der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. zur 2. Lesung an.

Der Finanzminister wurde einstimmig ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 10. Dezember 1987 offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. die Ansätze bei den hierfür im Einzelplan 14 vorgesehenen Titeln zu verändern.

Weiss
Vorsitzender

Anlage 1: Haushaltsübersicht
 Finanzierungsübersicht
 Kreditfinanzierungsplan

Anhang: Änderungen zum Personalhaushalt

Beigeheftet: Vorlage 10/1300

ANLAGE 1

**HAUSHALTSPLAN
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR
1988**

GESAMTPLAN

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)
Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)
Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungs-	Ausgaben
	1988	1987	1988	erwächtigungen	1987
	(TDM)	(TDM)	(TDM)	1988	1987
				(TDM)	(TDM)
01 - Landtag	1 367,0	1 278,0	136 316,5	4 000,0	146 099,7
02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	2 710,6	2 321,7	97 001,9	6 565,0	103 839,0
03 - Innenminister	422 357,8	449 614,7	3 994 982,0	159 610,0	3 999 315,6
04 - Justizminister	1 059 299,4	1 031 005,0	2 813 236,9	33 956,0	2 713 652,8
05 - Kultusminister	91 472,5	95 720,7	11 470 502,8	62 985,0	11 223 776,7
06 - Minister für Wissen- schaft und Forschung	1 059 972,7	1 015 549,7	5 808 705,6	241 812,5	5 714 821,4
07 - Minister für Arbeit, Gesundheit u. Soziales	713 654,4	679 094,8	4 281 089,5	807 933,9	4 020 297,1
08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Techno- logie	187 787,7	227 846,0	2 292 504,8	1 567 697,0	2 339 522,0
09 - Minister für Bundes- angelegenheiten	70,3	69,1	4 213,7	-	4 037,0
10 - Minister für Umwelt, Raumordnung u. Land- wirtschaft	562 066,8	579 147,5	1 524 999,5	372 155,0	1 636 214,7
11 - Minister für Stadtent- wicklung, Wohnen und Verkehr	2 145 445,6	2 085 137,8	4 564 825,1	2 054 593,2	5 522 783,6
12 - Finanzminister	417 960,2	417 965,7	2 040 437,1	62 336,0	1 990 095,4
13 - Landesrechnungshof	140,0	140,0	15 405,1	-	15 611,8
14 - Allgemeine Finanzverwaltung	54 342 510,7	53 262 534,5	21 962 595,2	1 804 900,0	20 417 358,4
Zusammen	61 006 815,7	59 847 425,2	61 006 815,7	7 178 543,6	59 847 425,2

Finanzierungsübersicht

	(Mill. DM)
I. <u>Haushaltsvolumen</u>	61 006,8
II. <u>Ermittlung des Finanzierungssaldos</u>	
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt)	60 938,6
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln und Entnahmen aus Rücklagen)	55 368,8
3. Finanzierungssaldo	- 5 569,8
III. <u>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</u>	
4. <u>Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt</u>	
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	14 768,0
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	9 198,2
4.21 darunter gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	9 130,0
4.3 Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	5 569,8
5. Einnahmen aus Rücklagen	-
6. Finanzierungssaldo	- 5 569,8
IV. <u>Nachrichtlich</u>	
<u>Ermittlung der Kreditermächtigung für Kreditmarktmittel</u>	
Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	5 638,0
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	9 130,0
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz	-
Kreditermächtigung	14 768,0

Kreditfinanzierungsplan

	(Mill. DM)
I. <u>Einnahmen aus Krediten</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	275,1
vom Kreditmarkt	14 768,0
zusammen	15 043,1
II. <u>Tilgungsausgaben für Kredite</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	190,1
vom Kreditmarkt	9 198,2
zusammen	9 388,3
III. <u>Netto-Neuverschuldung insgesamt</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	85,0
am Kreditmarkt	5 569,8
zusammen	5 654,8

-14-

2635

**ANHANG ZU DEM BERICHT DES HAUSHALTS- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im Haushalts-
Frakt. und Finanzaussch.

Einzelplan/Kapitel

Einzelplan 03 - Innenminister

03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Angestellte

Zugang: 7 Stellen Verg.Gr.

IVb/Va DA 05 für den
Flugverkehrskontroll-
dienst

SPD

mit den Stimmen
der SPD bei Ent-
haltung von CDU
und F.D.P. be-
schlossen

Einzelplan 04 - Justizminister

04 050 - Justizvollzugsanstalten

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr.

A 12 -Sozialamtsrat-
kw (§ 42 LPVG)

1 Planstelle Bes.Gr.

A 9 -Justizvollzugs-
amtsinspektor-
kw (§ 42 LPVG)

1 Planstelle Bes.Gr.

A 9 -Regierungsamts-
inspektor)
kw (§ 42 LPVG)

1 Planstelle Bes.Gr.

A 8 -Justizvollzugs-
hauptsekretär-
kw (§ 42 LPVG)

<u>Einzelplan/Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
(noch 04 050)	<u>der</u>	<u>nis im Haushalts-</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>und Finanzaussch.</u>

Planstellen

Abgang: 4 Planstellen Bes.Gr.
A 7 -Justizvollzugs-
obersekretär-
kw (§ 42 LPVG)

einstimmig

Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung

Kapitel 06 181 - Universität Bielefeld

Planstellen

Ausbringung eines Haushaltsvermerks:

An der Planstelle der Bes.Gr. A 9 -
Regierungsamtsinspektor - wird folgender
Haushaltsvermerk ausgebracht:

"1(0) erhält eine Amtszulage gem.

Fußnote 4 zu Bes.Gr. A 9 der BBesO -kw- F.D.P. einstimmig

<u>Einzelplan/Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis im Haushalts-</u> <u>und Finanzaussch.</u>
<u>Einzelplan 10 - Minister für Umwelt,</u> <u>Raumordnung und Land-</u> <u>wirtschaft</u>		
<u>Kapitel 10 180 -Landesanstalt für Öko-</u> <u>logie, Landschaftsent-</u> <u>wicklung und Forstpl.</u>		mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der CDU, bei Enthalt- ung der F.D.P. beschlossen.
<u>Angestellte</u>		
<u>Zugang: 6 Stellen Verg.Gr.</u> <u>Ib/IIa DA 01</u>	SPD	

Hinweis:

Der Zugang dieser 6 Angestelltenstellen
ersetzt den in der Vorlage 10/1300, Sei-
te 50, enthaltenen Zugang von 6 Plan-
stellen der Bes.Gr. A 13 -Regierungsrat-

Kapitel 10 260 - Staatl. Forstämter

Die in der Vorlage 10/1300 vorgesehene
Einrichtung von 4 Planstellen der
Bes.Gr. A 13 - Reg.-Räte - wird zurück-
gezogen. Die Vorlage 10/1300, Seite 52,
wird damit in diesem Punkt gegenstands-
los.

SPD

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

10. Wahlperiode

**Vorlage**

An den
Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988

hier: Personaletat

-Drucksachen 10/2250, 10/2530 und 10/2670

Bericht über das Ergebnis der Beratungen der
Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Dautzenberg CDUBeschlußempfehlung

Der Personaletat wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen einschließlich des allgemeinen Beschlusses angenommen.

Bericht

Allgemeines

Durch Beschluß vom 20.9.1987 hat der Landtag den Haushaltsentwurf 1988 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich der Personalausgabenansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie die Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" erfolgt.

Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat den Personaletat in 5 Sitzungen beraten.

Wie in den Vorjahren hat es die Arbeitsgruppe auch dieses Jahr für notwendig gehalten, vor Eintritt in die Beratung und Beschlußfassung über den Personalhaushalt 1988 den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen zu den mit dem Haushalt zusammenhängenden Problemen des Öffentlichen Dienstes vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 2.11.1987, vor Aufnahme der Beratungen des Personaletats 1988, durchgeführt; hierzu wird auf das Protokoll 10/725 verwiesen.

Im einzelnen stützte die Arbeitsgruppe ihre Entscheidungen auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 sowie schriftliche Erläuterungen hierzu) und die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen.

Die Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse und die Anträge der Fraktionen sind gleichfalls in der als Anlage beigefügten Beschlußvorlage eingearbeitet.

Sofern es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die Beschlußvorlagen mündlich zu ergänzen.

Dautzenberg
Vorsitzender

2635

C1

Allgemeiner Beschluß zum Haushalt 1988

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **in der**
Frakt. **Arbeitsgruppe**

Die Landesregierung wird gebeten, im
Frühjahr 1988 erste koordinierte und
ressortübergreifende Vorstellungen zu
aufgabenkritischen Untersuchungen der
einzelnen Ressorts unter Darlegung der
personalpolitischen Auswirkungen zu ent-
wickeln und der Arbeitsgruppe "Personal-
bedarf und Stellenpläne" vorzulegen.

einstimmig

HAUSHALTSGESETZ 1988

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

1.
 Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat bei Stimmenthaltung der F.D.P., im übrigen einstimmig empfohlen, das Haushaltsgesetz wie folgt zu ändern (vgl. Vorlage 10/1312):

In § 7 wird folgender Absatz 11 neu angefügt:

"(11) Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzministers bei den Medizinischen Einrichtungen - mit Ausnahme des Kapitels 06 152 - im Rahmen des jeweils veranschlagten Zubehörsbetrages zusätzliche Zeitstellen für Angestellte und Arbeiter, die unmittelbar der Krankenversorgung dienen, unter der Voraussetzung einzurichten, daß die entsprechenden Mehrerträge in Vereinbarungen mit den Kostenträgern (Krankenkassen) ausdrücklich für zusätzliches Personal zugestanden werden."

Mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. beschlossen.

Begründung:

Die Medizinischen Einrichtungen sollen in die Lage versetzt werden, während des laufenden Haushaltsjahres Personal zeitig befristet einzustellen, um zeitnah eine steigende Nachfrage in der Krankenversorgung zu erfüllen. Es handelt sich hierbei um ein zuschußneutrales Verfahren, da die zusätzlichen Personalkosten durch entsprechende Krankenkassenleistungen aufgefangen werden müssen.

Haushaltsgesetz 1988

2.

Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
-------------------------	--

§ 7a Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Von den bei den Titeln 422 10, 425, 426 und 429 veranschlagten Planstellen und Stellen, die nicht als künftig wegfallend bezeichnet sind, sind im Jahre 1988 insgesamt 2.000 Planstellen oder Stellen in Abgang zu stellen. Von der Einsparungsaufgabe sind Stellen für Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen ausgenommen."

CDU vgl. Vorlage 10/1378	Mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.
-----------------------------------	---

Begründung:

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Besetzungssperre von neun Monaten ist unzweckmäßig und entspricht nicht der Bedarfslage, da sie die Erfüllung der zur Zeit bestehenden Aufgaben des Landes vom Zufall abhängig macht. Darüber hinaus kommt eine 9-monatige Sperrung einer freien oder freiwerdenden Stelle im Jahresdurchschnitt praktisch einem Verzicht auf diese Stelle gleich.

Die Besetzungssperre soll einem Konsolidierungsbeitrag von 120 Mio DM jährlich erbringen. Dieser Betrag ist in der Sitzung der Arbeitsgruppe vom 3.11.87 seitens des Finanzministeriums als Einsparungsziel genannt worden. Diesem Ziel dient auch die vorgeschlagene Einsparungsaufgabe. Sie ermöglicht es, im Laufe des Haushaltsvollzuges nach aufgabenkritischen Gesichtspunkten den Stellenbestand auf den Umfang zu begrenzen, der notwendig ist, den Personalbedarf der Aufgabenbereiche abzudecken, die im Rahmen der Möglichkeiten des Landes noch finanzierbar sind.

Haushaltsgesetz 19883.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat bei Stimmenthaltung der F.D.P., im übrigen einstimmig empfohlen, das Haushaltsgesetz wie folgt zu ändern (vgl. Vorlage 10/1312):

§ 7 a Abs. 1 Satz 6 Buchstabe c) erhält folgende Fassung:

"c) im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung: Planstellen und Stellen der Medizinischen Einrichtungen Essen sowie bei den übrigen Medizinischen Einrichtungen die Planstellen und die Stellen, die der Krankenversorgung dienen, sowie die Planstellen und Stellen, die in die Feststellung der Ausbildungskapazität eingegangen sind - außerdem bei Fachhochschulen auch die Stellen der Dienstart 08 bei Titel 425 10 und der Dienstart 01 bei Titel 426 10 in Lehreinheiten mit erschöpfender Nutzung."

Begründung:

Die Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre wirkt bislang nur beim wissenschaftlichen Personal, während das nichtwissenschaftliche Personal voll der Sperre unterliegt. Bei den Fachhochschulen ist es daher zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Lehre geboten, wegen des fehlenden wissenschaftlichen Mittelbaus zumindest den nichtwissenschaftlichen Bereich (im wesentlichen Laboringenieure) von der Besetzungssperre auszunehmen.

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Mit den Stimmen
von SPD und CDU
bei Stimmenthal-
tung der F.D.P.
beschlossen.

Haushaltsgesetz 1988

Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
----------------------------------	---

4.

§ 7a Abs. 2, Satz 1, wird wie folgt ge-
ändert:

- Beim Buchstaben b) wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
- Neueingefügt wird Buchstabe c) mit folgendem Wortlaut:

"c) Im Geschäftsbereich des Kultusministers in Höhe von bis zu 150 Planstellen zur unbefristeten Einstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern mit vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen zur Verbesserung des Unterrichtsangebots, davon 135 Planstellen bei Kapitel 05 410 und 15 Planstellen bei Kapitel 05 440."

SPD	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschlos- sen.
------------	---

Haushaltsgesetz 19885.

§ 7a Abs. 3 Buchstabe c) erhält folgende Fassung:

- "c) Abweichend von a) und b) im Geschäftsbereich des Kultusministers
- bis zu 220 Planstellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern, die nach dem Haushaltsgesetz 1986 unbefristet mit verringerter Pflichtstundenzahl eingestellt worden sind,
 - bis zu 633 Planstellen zur unbefristeten Einstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern mit vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen zur Verbesserung des Unterrichtsangebots.

Hinweis

Auf Vorschlag der Fraktionen der SPD und CDU soll vor einer Entscheidung über die im Gesetzentwurf vorgesehene kapitel-scharfe Zuordnung der 633 Planstellen (vgl. 2. Ergänzung zum Haushaltsgesetz 1988 - Drucksache 10/2670) der Fachaus-schuß beteiligt werden.

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

So beschlossen
mit den Stimmen
von SPD und CDU
gegen die Stimmen
der F.D.P.

EINZELPLAN 01 - LANDTAG

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
----------------	--	---

01 010 - Landtag**Zugang:**

1 Planstelle Bes.Gr.
A 13 h.D.
-Regierungsrat-

Abgang:

1 Planstelle Bes.Gr.
A 13 g.D.
-Oberamtsrat-

SPD

CDU

F.D.P.

einstimmig

Hinweis:

Der Hauptausschuß hat den Einzelplan 01
in der Sitzung am 26.11.1987 einstimmig
unverändert angenommen.

Gesamtabstimmung über Personal im Ein-
zelplan 01:

einstimmig

**EINZELPLAN 02 - MINISTERPRÄSIDENT UND
STAATSKANZLEI**

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

02 010 - Ministerpräsident und
Staatskanzlei

a) Angestellte

aa) Zugang:

1 Stelle Verg.Gr. IVa BAT,
DA 01

Abgang:

1 Stelle Verg.Gr. III/IVa BAT,
DA 01

Hinweis:

Die Staatskanzlei hat mit Vorlage
10/1167 vom 8.9.1987 mitgeteilt,
daß die Hebung entbehrlich sei.

einstimmig

- ab) Verpflichtung der Staatskanzlei,
sich dahingehend selbst zu binden,
daß 1 Stelle der Verg.Gr. IVb/Vb
BAT im Einsatzbüro des Fahrdienstes
erst in dieser Wertigkeit in An-
spruch genommen wird, wenn die Er-
örterung der Angelegenheit im Aus-
schuß für Haushaltskontrolle er-
folgt ist und Bedenken gegen die
Einstufung der Stelle nicht geltend
gemacht werden.

einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>noch 02 010</u>	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
ac) Ausbringung eines ku-Vermerks bei 1 Stelle der Verg.Gr. Vc BAT; DA 02 (Einsatzbüro des Fahr- dienstes) nach Lohngruppe VI MTL; DA 01		einstimmig
ad) Verpflichtung der Staatskanzlei, der Arbeitsgruppe bis Ende 1988 über die Struktur und Aufgabenver- teilung im Einsatzbüro des Fahr- dienstes zu berichten.		einstimmig

b) Lohnempfänger

Hinweis:

Die folgenden Vorschläge beziehen sich auf das Votum des Fachaus-
schusses:

Der Hauptausschuß hat in seiner Sitzung am 26.11.1987 auf Antrag der CDU die Entsperrung von 3 Stellen der Lohngr. VI MTL, DA 01 -Kraftfahrer- und die Bereitstellung von Sachmitteln sowie von Mitteln für eine Halbtagskraft empfohlen.

Die Staatskanzlei beabsichtigt, auf diesen Stellen Fahrer zu beschäftigen und sie den ehemaligen Ministerpräsidenten künftig als "ständige persönliche Fahrer" zuzuwei-

Die Abstimmung wurde auf Antrag der CDU-Fraktion bis zur Sitzung des HFA am 10.12.1987 vertagt.

Kapitel

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

sen. Ferner sollen die ehemaligen Ministerpräsidenten jeweils Sachmittel für eine teilzeitbeschäftigte Angestellte bzw. für sonstige Aufwendungen und einen Dienstwagen zur ständigen Benutzung erhalten.

Stellungnahme der Staatskanzlei:

Die Staatskanzlei hat inzwischen mitgeteilt, daß zur ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben 2 Stellen zunächst ausreichend seien.

Entscheidung
vertagt

Votum des Gutachterdienstes:

Ein Bedarf für ständige persönliche Fahrer wird nicht gesehen. Gelegentliche Fahrten könnten durch den Pool erledigt werden. Ferner ist auch die Notwendigkeit, den ehemaligen Ministerpräsidenten Sachmittel für die Beschäftigung jeweils einer Halbtagskraft zur Verfügung zu stellen, nicht ersichtlich. Der Vorschlag entspricht letztlich der mittelbaren Einrichtung zweier halber bzw. einer ganzen Angestelltenstelle mit der Folge einer jährlichen Anpassung entsprechend der Tarifvereinbarungen.

Die Angelegenheit ist politisch zu entscheiden.

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<p><u>Keine</u> Aufhebung der Sperrvermerke bei Stellen der Lohngruppe VI MTL; DA 01 - Kraftfahrer Bereitstellung von Fahrern für ehemalige Ministerpräsidenten aus dem Pool.</p>	F.D.P.	Entscheidung ver- tagt.
<p><u>Keine</u> Bereitstellung von Sachmitteln (einschließlich Mittel für eine Halbtagskraft) für ehemalige Ministerpräsidenten.</p>		Entscheidung ver- tagt.
<p>Bereitstellung von Mitteln an ehemaligen Ministerpräsidenten nach Ausscheiden aus Amt und Mandat für die Dauer einer Legislaturperiode zur Beschäftigung jeweils einer Halbtagskraft.</p>	F.D.P.	
<hr/>		
<u>Hinweis:</u>		
<p>Der Hauptausschuß hat den Einzelplan 02 am 26.11.1987 insgesamt unter Einbeziehung der Änderungsanträge der CDU-Fraktion mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfaktion angenommen.</p>		
<p>Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 02:</p>		<p>Mit den Stimmen der SPD gegen die der Oppositionsfaktionen beschlossen (unter Ausklammerung der Entscheidung bezüglich der Entsperrung von 3 Fahrerstellen)</p>

EINZELPLAN 03 - INNENMINISTER

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> der <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
----------------	---------------------------------------	---

03 010 InnenministeriumPlanstellen:

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 14
-Oberregierungsrat-
kw (§ 42 LPVG)

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 13
-Regierungsrat-
kw (§ 42 LPVG)

einstimmig

Hinweis:

Es handelt sich um die Änderung in der Wertigkeit der Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder aufgrund der Personalratswahl 1987.

Leerstellen:Zugang:

1 Leerstelle Bes.Gr. A 13
-Regierungsrat-

CDU

einstimmig

Hinweis:

Es handelt sich um einen vom Landschaftsverband Rheinland zur CDU-Fraktion beurlaubten Beamten.

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Kapitel

(noch 03 010)

Stellen für beamtete Hilfskräfte:Zugang:

3 Planstellen Bes.Gr. A 14
-Oberregierungsräte-

2 Planstellen Bes.Gr. A 13
-Regierungsräte-

einstimmig

Zusatz: Der Innenminister wird gebeten,
jährlich über die Nutzung dieser Stellen
zu berichten.

Hinweis:

Die o.a. Änderungen entsprechen dem An-
trag des Ressorts in der Sitzung der Ar-
beitsgruppe "Personalbedarf und Stellen-
pläne" und dienen der Realisierung des
Vorschlags der Kommission zur Effizienz-
steigerung (vorübergehende Einstellung
von Beamten des höheren Dienstes in der
Ministerialinstanz).

03 110 - Polizeibehörden und Einrich-
tungen

Die Landesregierung wird gebeten, im
Bundesrat initiativ zu werden, um die
z.Zt. noch bestehende Versorgungslücke
hinsichtlich der Altersversorgung der
sogenannten "Weyerlinge" zu schließen.

Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
-------------------------	---

Kapitel

(noch 03 110)

Begründung:

Beamte mit vorgezogener Altersgrenze, die vor Begründung des Beamtenverhältnisses eine längere versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt und dadurch eine Rentenanwartschaft erworben haben, konnten nach früherem Rentenrecht bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen nach ihrem vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand aus der gesetzlichen Rentenversicherung bereits eine Rentenleistung erhalten. Nach Änderung des Rentenrechts ist dies jetzt nicht mehr möglich; erst mit Vollendung des 65. Lebensjahres entsteht ein Anspruch auf Rentenleistungen. Dadurch besteht für die Betroffenen bis zu diesem Zeitpunkt eine Versorgungslücke, die für eine Gruppe von ihnen (berufsunfähige Ruhestandsbeamte) durch Einfügung eines § 14 a in das Beamtenversorgungsgesetz geschlossen worden ist. Für eine weitere Gruppe der Betroffenen fehlt jedoch eine bundesgesetzliche Regelung; alle seit Ende 1985 unternommenen Versuche, den Bund dazu zu bewegen, für diese Gruppe eine mit § 14a des Beamtenversorgungsgesetzes vergleichbare Regelung zu treffen, sind bisher ergebnislos geblieben. Es bedarf deshalb einer erneuten Initiative. In diesem Zusammenhang ist auch auf den Beschluß des Bundesrates zum 4. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften zu verweisen. (Bundesratsdrucksache 539/85 - Beschluß).

einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
(noch 03 110)		
<u>Hinweis:</u>		
Die folgenden Änderungen entsprechen dem Votum des Fachausschusses (vgl. Vorlage 10/1306). Die Abstimmung erfolgte mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthalt- ung der F.D.P.		
<u>Planstellen</u>		
<u>Zugang:</u>		
a) 334 Planstellen Bes.Gr. A 7/ A 6 - Polizeimeister/ Polizeihauptwachtmeister gleichzeitig Schlüsselung dieser Stellen; allerdings erhalten die daraus resul- tierenden Beförderungs- stellen in den Besoldungs- gruppen A 9 und A 8 einen Sperrvermerk, so daß le- diglich die Beförderungs- möglichkeiten in die Bes.Gr. A 9 mit Amtszulage genutzt werden können.		einstimmig <u>abgelehnt</u>
b) 400 Planstellen Bes.Gr. A 7/ A 6		einstimmig <u>abgelehnt</u>
<u>Stellen für beamtete Hilfskräfte</u>		
<u>Abgang:</u>		einstimmig <u>abgelehnt</u>
400 Stellen Bes.Gr. A 6 z.A.		

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
(noch 03 110)		
<u>Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdiens</u>		
<u>Zugang:</u>		So beschlossen mit den Stimmen von SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU
50 Stellen Bes.Gr. A 6 -Polizeihauptwachtmeisteranwärter und -anwärterinnen-		
<u>Abgang:</u>		
334 Stellen Bes.Gr. A 6 -Polizeihauptwachtmeisteranwärter und -anwärterinnen		einstimmig <u>abgelehnt</u>

Hinweis:

Die folgenden Änderungen haben sich aus den Beratungen in der Arbeitsgruppe bzw. aus den vorgelegten Fraktionsanträgen ergeben.

Planstellen1. Änderung eines HaushaltsvermerkesBes. Gr. A 16

-Ltd.Regierungsdirektor-

Wegfall des Vermerkes "davon 1 Stelle kw", bei gleichzeitiger Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerkes.

SPD

einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
(noch 03 110)		
<u>Begründung:</u> Es handelt sich um die Stelle des Stellvertreters des Polizeipräsidenten Bielefeld.		
<hr/>		
2. <u>Zugang:</u>		
a) 1 Planstellen Bes.Gr. A 10 -Regierungsoberinspektor-		einstimmig
<u>Begründung:</u> Es handelt sich um einen zusätzlichen Antrag des Ressorts zur Übernahme eines Dipl.-Ing. - Fachrichtung Chemie - beim LKA in das Beamtinnenverhältnis		
<hr/>		
b) 50 Planstellen Bes.Gr. A 9 -Kriminalkommissar-	SPD	So beschlossen mit den Stimmen von SPD und F.D.P. bei Enthaltung der CDU-Fraktion
<u>Begründung:</u> Zusätzliche Planstellen für die Kriminalpolizei zur verbesserten Kriminalitätsbekämpfung.		
<hr/>		
3. <u>Änderung eines Haushaltsvermerkes:</u>		
Bes.Gr. A 9 - Polizeihauptmeister/ Kriminalhauptmeister- "3.986 (3.761) Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Bes.Gr. A 9 Bundesbesoldungsordnung."		einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

(noch 03 110)

Begründung:

Um ohne Nachteile für lebensjüngere aber dienstältere Beamte den sogenannten "Weyerlingen" die Möglichkeit der Beförderung in das Endamt der Laufbahn des mittleren Dienstes zu ermöglichen, ist es erforderlich, die Zahl der Zulageämter im Jahr 1988 um 100 zu erhöhen.

4. Abgang

- a) 166 Planstellen Bes.Gr. A 7/A 6
 -Polizeimeister/Polizeihaupt-
 wachtmeister-
 bei gleichzeitigem Wegfall des
 Haushaltsvermerkes Nr. 1 zu Titel
 422 10

einstimmig

- b) 50 Planstellen Bes.Gr. A 7/A 6
 -Polizeimeister/Polizeihaupt-
 wachtmeister-

SPD

So beschlossen
 mit den Stimmen
 von SPD und
 F.D.P. bei
 Enthaltung der
 CDU

Hinweis:

zu a)

Durch die vom Ressort beantragte Absetzung von 166 Planstellen der Bes.Gr. A 7/A 6 und die anschließende Ausbringung von 166 zusätzlichen Stellen für Anwärter wird erreicht, daß künftig keine Anwärter mehr auf Planstellen geführt werden.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
(noch 03 110)		
<u>Hinweis:</u>		
zu b)		
Die Absetzung von 50 Planstellen der Bes.Gr. A 7/A 6 korrespondiert mit dem Zugang von 50 Planstellen der Bes.Gr. A 9 und 50 Stellen für Anwärter.		
<u>Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</u>		
Zugang: 166 Stellen Bes.Gr. A 6 -Polizeihauptwachtmeisteranwärter und -anwärterinnen-		einstimmig
Satz 2 der Haushaltsvermerke wird gestrichen.		
<u>Angestellte:</u>		
<u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. III DA 06		einstimmig
<u>Hinweis:</u>		
Korrespondierende Stellenabsetzung zu dem Planstellenzugang Bes.Gr. A 10		
<u>Zugang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. IVb/Vb DA 07 kw (§ 42 LPVG)		
<u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. Vc DA 02 kw (§ 42 LPVG)		einstimmig
<u>Hinweis:</u>		
Änderung in der Wertigkeit der Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder.		

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
03 310 - 5 Regierungspräsidenten		

Planstellen:1. Änderung eines Haushaltsvermerkes:

Bes.Gr. A 16:

Der Haushaltsvermerk "davon 4 (4) ku nach Bes.Gr. A 15 ab 1.1.1988" wird wie folgt neu gefaßt:

"davon 2 (-) ku nach Bes.Gr. A 15 ab 1.1.88 beim RP Detmold

davon 1 (-) ku nach Bes.Gr. A 15 ab 1.1.88 beim RP Köln

davon 1 (-) ku nach Bes.Gr. A 15 ab 1.1.88 beim RP Münster"

einstimmig

2. Zugang:

1 Planstelle Bes.Gr. A 13

-Regierungsoberamtsrat-
kw (§ 42 LPVG)

1 Planstelle Bes.Gr. A 9

-Regierungsamtsinspektor
kw (§ 42 LPVG)

Abgang:

1 Planstelle Bes.Gr. A 14

-Oberregierungsbaurat-
kw (§ 42 LPVG)

1 Planstelle Bes.Gr. A 12

-Regierungsamtsrat-
kw (§ 42 LPVG)

einstimmig

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Kapitel

(noch 03 310)

Hinweis:

Es handelt sich um die Änderungen der Wertigkeiten der Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder aufgrund der Personalratswahl 1987.

Übersicht über die Planstellen ohne Besoldungsaufwand:

Spalte Kap. 03 010 - InnenministeriumZugang:

3 Planstellen Bes.Gr. A 14
2 Planstellen Bes.Gr. A 13

einstimmig

Hinweis:

Diese Änderung korrespondiert mit der Änderung im Kapitel 03 010 - Stellen für abgeordnete Beamte.

AngestellteZugang:

1 Stelle Verg.Gr. IIa DA 05
kw (§ 42 LPVG)
1 Stelle Verg.Gr. III/IVa
DA 01 -kw- (§ 42 LPVG)

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. Ia DA 05
kw (§ 42 LPVG)

einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag	Abstimmungsergeb-
	der	nis in der
	Frakt.	Arbeitsgruppe

(noch 03 310)

Hinweis:

Es handelt sich um die Änderung in der Wertigkeit der Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder aufgrund der Personalratswahl 1987

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Vb/Vc

einstimmig

DA 02

Hinweis:

Die Änderung entspricht dem Antrag des Ressorts in der Arbeitsgruppensitzung und berücksichtigt die Verlagerung einer Stelle der Verg.Gr. Vb/Vc aus dem Kapitel 10 210.

Zugang:

6 Stellen Verg.Gr. IVb/Va

DA 05 für den Flugverkehrskontrolldienst.

Hinweis:

Die Einrichtung der 6 Stellen wurde im Haushalts- und Finanzausschuß bereits beschlossen, der Haushalt 1988 ist insoweit redaktionell anzupassen.

Arbeiter:

Abgang: 1 Stelle Lohn-Gr.VII/VIII

einstimmig

DA 02 -kw- (§ 42 LPVG)

Hinweis:

Es handelt sich um eine Änderung in der Wertigkeit der Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder aufgrund der Personalratswahl 1987.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
(noch 03 310)	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u>Titelgruppe 60 - Entmunitionierung</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Angestellte:</u>		
<u>Zugang:</u>		
1 Stelle Verg.Gr. IVb/Va		
DA 02 (Truppführer)		
<u>Arbeiter:</u>		
<u>Abgang:</u>		
2 Stellen MTL VIII/VII		
DA 02		einstimmig
<hr/>		
<u>03 320 Institut für öffentliche Verwaltung</u>		
<u>Angestellte:</u>		
<u>Zugang:</u>		
1 Stelle Verg.Gr. Vb/Vc DA 03		
<u>Abgang:</u>		
1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII		
DA 04		einstimmig
<hr/>		
<u>03 510 - Landesamt für Besoldung und Versorgung</u>		
<u>Planstellen:</u>		
<u>Zugang:</u>		
1 Planstelle Bes.Gr. A 9		
-Regierungsamtsinspektor-		
(mit Zulage)		
kw (§ 42 LPVG)		einstimmig

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
Frakt.	Arbeitsgruppe

Kapitel

(noch 03 510)

Hinweis:

Der Zugang berücksichtigt die Änderung in der Wertigkeit der Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder aufgrund der Personalratswahl 1987.

Angestellte:Zugang:

3 Stellen der Verg.Gr. Vb/Vc
DA 02

einstimmig

Hinweis:

Die o.a. Änderung entspricht den Erläuterungen des Wissenschaftsministeriums; danach können im Zusammenhang mit der Übernahme der Zahlfälle weitere 3 Stellen vom Klinikum Aachen zum Landesbesoldungsamt verlagert werden.

Zugang:

1 Stelle Verg.Gr. III/IVa
DA 01 -kw- (§ 42 LPVG)

Abgang:

1 Stelle Verg.Gr. IVa DA 01
kw (§ 42 LPVG)
1 Stelle Verg.Gr. Vc/VIb DA 02
kw (§ 42 LPVG)

einstimmig

Hinweis:

Die o.a. Änderungen berücksichtigen die Änderungen in der Wertigkeit der Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder aufgrund der Personalratswahl 1987.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung</u>		
<u>und Statistik</u>		

Planstellen:Zugang:

- 1 Planstelle Bes.Gr. A 9
- Regierungsamtsinspektor-
- (mit Zulage)
- kw (§ 42 LPVG)

Abgang:

- 1 Planstelle Bes.Gr. A 5
- Regierungsassistent-
- kw (§ 42 LPVG)

AngestellteAbgang:

- 1 Stelle Verg.Gr. IVa DA 06
- kw (§ 42 LPVG)

Arbeiter

- Zugang: 1 Stelle Lohn-Gr. VI MTL II
- DA 01 -kw- (§ 42 LPVG)

einstimmig

Begründung:

Die o.a. Änderungen berücksichtigen die Änderungen in der Wertigkeit der Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder aufgrund der Personalratswahl 1987.

In der Gesamtabstimmung im Fachausschuß wurde der Haushalt des Einzelplans 03 mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und F.D.P. angenommen.

Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 03:

Beschlossen mit den Stimmen der SPD gegen die Fraktion der CDU, bei Stimmenthaltung der F.D.P.

EINZELPLAN 04 - JUSTIZMINISTER

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
----------------	--	---

**04 040 - Gerichte und Staatsanwalt-
schaften****Angestellte**

Ausbringung eines kw-Vermerkes
an 12 Stellen der Verg.Gr.
VII/VIII, DA 02

einstimmig

04 080 - Finanzgerichte**Hinweis:**

Bei den nachstehend aufgeführten Ände-
rungen handelt es sich um ein Votum des
Fachausschusses (Vorlage 10/1308). (Ab-
stimmungsergebnis: einstimmig, bei 1
Enthaltung und Abwesenheit des
Vertreters der F.D.P.).

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
----------------	--	---

PlanstellenZugang:

- 5 Planstellen Bes.Gr. R 3
-Vorsitzender Richter am
Finanzgericht-
- 8 Planstellen Bes.Gr. R 2
-Richter am Finanzgericht-

AngestellteZugang:

- 7 Stellen Verg.Gr. VII/VIII,
DA 01 (3); DA 02 (4)
- 3 Stellen Verg.Gr. IXa/IXb,
DA 04

Mit den Stimmen
der SPD gegen die
Stimmen der
Oppositionsfrakt.
beschlossen

Hinweis:

Der Fachausschuß hat den Epl. 04 in der
Gesamtabstimmung mit den Stimmen der
SPD-Fraktion gegen die Stimmen der
CDU-Fraktion bei Abwesenheit eines
Vertreters der F.D.P.-Fraktion
angenommen.

**Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 04:**

Mit den Stimmen
der SPD gegen die
Stimmen der
Oppositionsfrakt.
beschlossen

EINZELPLAN 05 - KULTUSMINISTER

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
----------------	--	---

(Verschiedene Kapitel)

Einstellungskorridor

Stellen die durch Ausscheiden von Lehrerinnen und Lehrern frei werden, werden in der Anzahl wieder besetzt, daß insgesamt ein Einstellungskorridor für 867 Lehrerinnen und Lehrer geschaffen wird. Die Neueinstellungen sind entsprechend dem fachspezifischen Bedarf auf die einzelnen Schulformen aufzuteilen.

CDU
Mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Begründung:

Siehe Vorlagen 10/1349 und 10/1310.

Die von 1.500 auf 867 Planstellen reduzierte Zahl für einen Einstellungskorridor ergibt sich durch die 2. Ergänzung zum Haushalt 1988 (Drucksache 10/2670) zu § 7a Abs. 3 HG 1988.

05 110 - Staatl. Prüfungsämter
Planstellen
Abgang:

4 Planstellen Bes.Gr. A 16
-Ltd.Regierungsschuldirektor-

einstimmig

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

Begründung:

Die o.a. Änderungen ergeben sich aus der noch für 1988 vorgesehenen Reduzierung der Zahl der Prüfungsämter um 4. Da die Auswirkungen im Angestelltenbereich zur Zeit noch nicht überblickt werden können, hat das Ressort hierzu einen Bericht bis Ostern 1988 zugesagt.

Hinweis:

Die Fachausschüsse haben den Einzelplan 05 unverändert angenommen. (Vorlagen 10/1309, 10/1310, 10/1311). Bei der Gesamtabstimmung im Ausschuß für Schule und Weiterbildung wurde der Epl. 05 mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und F.D.P. angenommen.

Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 05:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfrakt. beschlossen

**EINZELPLAN 06 - MINISTER FÜR WISSEN-
SCHAFT U. FORSCHUNG**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der**
Frakt. **Arbeitsgruppe**

Kapitel

Hinweis:

Bei nachfolgenden, jeweils in kleiner Schrift dargestellten Änderungen handelt es sich um Empfehlungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (vgl. Vorlage 10/1312).

06 010 - Ministerium

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr.

A 16 -Min.Rat-
kw (§ 42 LPVG)

Abgang: 1 Planstellen Bes.Gr.

A 15 -Reg.-Direktor-
kw (§ 42 LPVG)

einstimmig

06 020 - Allgemeine Bewilligungen

Planstellen

Zugang: 10 Planstellen Bes.Gr.

C 4 - ohne Besoldungs-
aufwand-

(Stiftungsprofessoren)

Abstimmung im Fachausschuß: Einstimmig
bei Stimmenthaltung der F.D.P.

einstimmig

Titelgruppe 65 - Konzentrationsmaßnahmen

Verteilung der im Rahmen der Konzentrationsmaßnahmen freigewordenen Stellen auf die einzelnen Kapitel entsprechend der Vorlage 10/1333 (als Anlage 1 der Vorlage 10/1312 beigelegt) mit folgenden Änderungen:

einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag	Abstimmungsergebnis in der
<u>(noch Kapitel 06 020 - Titelgruppe 65)</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

- a) Weiterer Zugang bei Kapitel 06 151
-Universität Bochum-:
- 1 Planstelle Bes.Gr. A 13
-Akademischer Rat-
für das Institut für das
Recht der Friedenssicherung,
Abrüstung, Rüstungskontrolle
und des bewaffneten Kon-
flikts.
- einstimmig**

- b) Der im "Topf 2" ausgewiesene Zugang
von 3 Stellen für das Kapitel 06 171
- Universität Düsseldorf - ist dem
Kapitel 06 172 - Medizinische Ein-
richtungen der Universität Düssel-
dorf - zuzuordnen.
- einstimmig**

Abstimmung im Fachausschuß: Einstimmig
bei Stimmenthaltung der F.D.P.

- c) Die in der Vorlage 10/1333 für den
Ausbau der Musikhochschule Ruhr, Es-
sen (Kapitel 06 550) ausgewiesenen
zusätzlichen Stellen, und zwar
- 1 Angestelltenstelle Verg.Gr.
Vc und
2 Arbeiterstellen Lohngr.
VII/VI
- einstimmig**
- werden nicht den Titeln 425 10 bzw.
426 10 sondern entsprechend dem ein-
stimmigen Beschluß des Fachausschus-
ses (vgl. Vorl.10/1312) der neuen
Titelgruppe 61 - Neueinrichtung der
Studiengänge Musical und Regie -,
dort den Titeln 425 61 bzw. 426 61
zugeordnet.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	der	nis in der
<u>(noch Kapitel 06 020 Titelgruppe 65)</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Absetzung

von 18 Stellen in den einzelnen Hochschulkapiteln nach Maßgabe der Anlage zu diesem Bericht. Diese Stellen sind im Laufe des Haushaltsjahres 1987 nach der Drucklegung des Haushaltsentwurfes in das Kapitel 06 020 Titelgruppe 65 umgesetzt und gemäß Vorlage 10/1333 wieder verteilt worden. Die Absetzungen in den verschiedenen Hochschulkapiteln müssen noch erfolgen.

einstimmig

Titelgruppe 66 - Sondermaßnahmen zur
Forschungs- und
Technologieförderung

LeerstellenAbgang:

5 Leerstellen Bes.Gr.
C 4
3 Leerstellen Bes.Gr.
C 3
2 Leerstellen Bes.Gr.
C 2 - Professor -

einstimmig

Hinweis: Deckung für Zugang bei
Titelgruppe 65

Abstimmung im Fachausschuß: Einstimmig
bei Enthaltung der F.O.P.

Antrag Abstimmungsergeb-
 der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

06 072 - Zentralbibliothek der Medizin

Angestellte

Ausbringung eines einfachen
 Sperrvermerks bei einer Stelle
 der Verg.Gr. VII/VIII -DA 05-
 mit der Maßgabe, daß die Frei-
 gabe dieser stelle erst erfol-
 gen darf, wenn die Mitfinan-
 zierung des Bundes gesichert
 ist.

einstimmig

06 082 - Landesinstitut Sozialfor-
 schungsstelle Dortmund

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ia
Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib
 (Höhergruppierung für den
 hauptamtlich tätigen Stellver-
 treter des geschäftsführenden
 Direktors)

einstimmig

Abstimmung im Fachausschuß: Einstimmig
 bei Enthaltung der F.D.P.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>06 112 - Medizinische Einrichtungen der</u> <u>Universität Bonn</u>		
<u>Angestellte</u>		
<u>Zugang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. Vc DA 06 -kw (§ 42 LPVG)		
<u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. VIb DA 08 -kw (§ 42 LPVG)		einstimmig
<u>06 122 - Medizinische Einrichtungen der</u> <u>Universität Münster</u>		
<u>Angestellte</u>		
<u>Zugang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. IVb/Vb DA 06 kw (§ 42 LPVG)		
<u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. IVa DA 03 kw (§ 42 LPVG)		einstimmig
<u>06 131 - Universität Köln</u>		
<u>Planstellen</u>		
<u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 10 - Bibl.Ober- inspektor kw (§ 42 LPVG)		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 9 - Bibl.Inspekt.- kw (§ 42 LPVG)		einstimmig

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>06 132 - Medizinische Einrichtungen der</u> <u>Universität Köln</u>		
<u>Planstellen</u>		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 7 -Reg.Obersekr.- kw (§ 42 LPVG)		einstimmig

Angestelltea) Zugang:

- 2 Stellen Verg.Gr. Ib/
Ib/IIa - DA 01 -
Ärzte - z.A.
 - 1 Stelle Verg.Gr.
IVb/Vb - DA 03 -
-Kardiotechniker-
 - 4 Stellen Verg.Gr. Kr.V
-DA 02 -
-Krankenschwester-
- (Erhöhung der Kapazität für
Operationen am offenen Herzen)

Abstimmung im Fachausschuß: Einstimmig einstimmig
bei Enthaltung der F.D.P.

b) Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Kr V
DA 02 -kw (§ 42 LPVG) einstimmig

06 141 - Techn. Hochschule AachenAngestellte

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr.
IVb/Vb DA 06
kw (§ 42 LPVG)

Arbeiter

Zugang: 1 Stelle Lohngr. IX
DA 02 -kw (§ 42 LPVG) einstimmig

<u>Kapitel</u>	Antrag	Abstimmungsergeb-
	der	nis in der
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>06 142 - Medizinische Einrichtungen der Technischen Hochschule Aachen</u>		

a) AngestellteAbgang:

3 Stellen Verg.Gr.

Vb/Vc -DA 08 -

(Umsetzung nach Kapi-
tel 03 510 - LBV)

einstimmig

b) Angestellte

und

Arbeiter

In den Erläuterungen sind die Sperr-
vermerke bei folgenden Stellen zu
streichen:

- 1 Stelle Verg.Gr. IVb/Vb
(med.-techn. Laboratoriumsas-
sistentin-Neuropathologie)
- 1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII
(Schreibdienst-Neuropatholo-
gie)
- 3 Stellen Verg.Gr. Vb/Vc
(Bundespfllegesatzordnung)
- 8 Stellen Lohngr. V/IV
(Wachdienst)

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 bei
Titel 429 00 ist entsprechend
zu ändern.

einstimmig

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Kapitel
(noch 06 142)

Hinweis:

Diese Änderungen entsprechen dem einstimmigen Beschluß der Arbeitsgruppe vom 23.11.1987 - Entsperrung der Stellen gemäß Vorlage 10/1243 - im Haushaltsjahr 1987.

c) Arbeiter:

Zugang: 1 Stelle Lohngr. IX	
DA 07 kw (§42 LPVG)	einstimmig
Abgang: 1 Stelle Lohngr. VI	
DA 06 kw (§42 LPVG)	

Planmäßige Beamte

und

Angestellte

<u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. B 3	
<u>Abgang:</u> 1 Angestelltenstelle	
-außertariflich-	einstimmig

Abstimmung im Fachausschuß:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der F.D.P. (vgl. Vorlage 10/1312 Seite 26 und Anlage 2 Seite 22 zu dieser Vorlage).

06 160 - Universität Dortmund

Planstellen

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr.
A 9 -Reg.-Inspekt.-
kw (§ 42 LPVG)

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
(noch 06 160)	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u>Angestellte</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Zugang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. III DA 03 kw (§42 LPVG)		einstimmig
<hr/>		
<u>06 171 - Universität Düsseldorf</u>		
<u>Planstelle</u>		
Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 8 -Regierungs- hauptsekretär- kw (§ 42 LPVG)		
<u>Angestellte</u>		
Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Vc DA 09 kw (§42 LPVG)		einstimmig
<hr/>		
<u>06 172 - Medizinische Einrichtungen der</u>		
<u>Universität Düsseldorf</u>		
<u>Angestellte</u>		
Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII DA 06 kw (§ 42 LPVG)		
<u>Arbeiter</u>		
Abgang: 1 Stelle Lohngr. VI DA 06 kw (§42 LPVG)		einstimmig
<hr/>		
<u>06 181 - Universität Bielefeld</u>		
<u>Ausbringung eines Haushaltsvermerks:</u>	<u>F.D.P.</u>	<u>Entscheidung</u>
An der Planstelle der Bes.Gr. A 9 - Re- gierungsamtsinspektor - wird folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:		zurückgestellt bis zur Sitzung des HFA
"1 (0) hält eine Amtszulage gem. Fußno- te 4 zu Bes.Gr. A 9 der BBesO".		

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>06 211 - Universität -GH- Essen</u>		
<u>Planstellen</u>		
<u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 11 -Regierungsamt- mann- kw (§42 LPVG)		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 9 -Regierungsinsp.- kw (§ 42 LPVG)		einstimmig

06 250 - Universität - GH - Wuppertal
Planstellen

<u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 12 -Reg.Amtsrat- kw (§ 42 LPVG)		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 9 -Reg.Inspekt.- kw (§ 42 LPVG)		einstimmig

Angestellte:

<u>Zugang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa ZA kw 31.12.1990	F.D.P.	einstimmig bei 1 Stimment- haltung aus der CDU beschlossen
--	--------	---

06 260 - Fernuniversität - GH- Hagen

Planmäßige Beamte

Zugang:

1 Planstelle Bes.Gr.
A 14 - Akadem.Ober-
rat-

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
(noch 06 260)	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u>Angestellte</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Zugang:</u>		
1 Stelle Verg.Gr.		
Ib/IIa - Wiss.		
Angest.- ZA -		

Hinweis:

Ausbau Informatik; Deckung für diese Zugänge siehe Kapitel 06 730.

Abstimmung im Fachausschuß:

Beschlossen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfrakt. beschlossen

06 510 - Deutsche SporthochschuleKölnAngestellte

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr.

Ib/IIa - DA 03

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr.

VIb - DA 03

einstimmig

Hinweis:

Es handelt es sich um die Rückgängigmachung einer Höhergruppierung einer Stelle für die Bibliothek. Diese Veränderung entspricht den Beratungen im Sportausschuß (vgl. Vorlageg 10/1313). In der Sitzung am 30. 11.1987 konnte der Sportausschuß die Begründung der Notwendigkeit für die Stellenhebung

Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
-------------------------	---

Kapitel

(noch 06 510)

nicht nachvollziehen. Der Sportausschuß hat aber darauf verzichtet, über den Personalhaushalt des Kapitels 06 510 abzustimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuß soll in eigener Zuständigkeit unter Berücksichtigung einer Stellungnahme seiner Arbeitsgruppe entscheiden.

06 580- neu - Kunsthochschule für Me-
dien Köln

Planmäßige BeamteZugang:

1 Stelle Bes.Gr. C 4
-Professor

Der Stelleninhaber wird als Gründungsbeauftragter tätig sein. Mit Zustimmung des Finanzministers darf die Planstelle ersatzweise auch mit einem Bewerber besetzt werden, der eine abgeschlossene Hochschulausbildung besitzt und aufgrund einer mehrjährigen verantwortlichen beruflichen Tätigkeit im Hochschulbereich, in der Film- oder Medienwirtschaft, in Rundfunk und Fernsehen oder in der Kunstadministration erwarten läßt, daß er den Aufgaben des Amtes gewachsen ist; in diesem Falle er-

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>(noch 06 580)</u>	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u></u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Kapitel
(noch 06 580)

folgt die Besetzung ausschließ-
lich mit einem AT-Angestellten
(analog C 3/C 4).

1 Planstelle Bes.Gr.

A 10

-Regierungsoberin-
spektor-

Angestellte

Zugang:

1 Stelle Verg.Gr.

V1b/VII

-DA 06-

Hinweis:

Deckung für Stellenzugänge bei Kapitel
06 740

Abstimmung im Fachausschuß: Beschlossen
mit den Stimmen der SPD gegen die Stim-
men der CDU und F.D.P.

Beschlossen mit
den Stimmen der
SPD gegen die
Stimmen der CDU
und der F.D.P.

06 730 - Fachhochschule Hagen

Planmäßige Beamte

Abgang:

2 Planstellen Bes.Gr.

C 2 - Professoren

(Fachbereich Bauin-
genieurwesen)

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>(noch 06 730)</u>	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u>Hinweis:</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
Deckung für Zugang bei Kapitel 06 260.		
<u>Abstimmung im Fachausschuß:</u> Beschlossen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und F.D.P.		Beschlossen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P.

06 740 - Fachhochschule Köln

Planmäßige Beamte

Abgang:

- 1 Planstelle Bes.Gr.
- C 2 - Professor
(Bildhauerei)
- 1 Planstelle Bes.Gr.
- A 11 - Fachlehrer

Angestellte

Abgang:

- 1 Stelle Verg.Gr.
- VIb/VII - DA 07

Hinweis:

Deckung für Zugang bei Kapitel 06 580
(neu)

Abstimmung im Fachausschuß:

Beschlossen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.

Beschlossen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u>Sonstige Beschlüsse zum Haushalt</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Der Minister für Wissenschaft und Forschung hat zum Entwurf des Einzelplans 06 eigene, mit dem Finanzminister abgestimmte Änderungen vorgeschlagen, die vom Ausschuß für Wissenschaft und Forschung unverändert als Gesamtantragspaket - wie aus der Anlage 2 zur Vorlage 10/1312 ersichtlich - übernommen und einstimmig bei Stimmenthaltung der F.O.P.-Fraktion angenommen worden sind. Es handelt sich um Maßnahmen zur Änderung der Personalstruktur aufgrund des 4. Gesetzes zur Änderung des WissHG, FHG und KunstHG (Blatt 1-12 der Anlage 2) sowie um 2 weitere Änderungskomplexe (Blatt 13 - 21 und Blatt 22 der Anlage 2).

Desweiteren bestand im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung Einvernehmen darüber, daß zur Umsetzung der beschlossenen Änderungen in die haushaltsrechtlich richtige Form die Landesregierung ermächtigt wird,

- die sich aus den Personalbeschlüssen ergebenden Ansatzänderungen in den Veränderungsnachweis einzustellen und im übrigen die Beschlüsse haushaltstechnisch umzusetzen und

45 a) 2635 Anlage

2635C

45

Nach Kabinettschluß über den HPL-Entwurf 88 nach freigeordnete und dem Kapitel 06 020 Titelgruppe 66 haushaltsrechtlich zugewachsene Stellen:

Kapitel	Titel	Zahl	Bes. Gr.	Dienstort	Amtsbezeichnung	NOK-Nr.
06 131	422 10	1	C 3		Professor	68
06 131	422 10	1	A 14		AOR	62
06 131	422 10	1	A 13		Studienrat i. H.	98
06 131	425 10	1	Ib/IIa Z A	01	Wiss. Angest.	57
06 131	425 10	1	Ib/IIa Z A	01	Wiss. Angest.	76
06 141	422 10	1	C 1		Hochschulassistent	34
06 141	425 10	1	VIb/VII	07	FB-Hilfskräfte	207 228
06 151	425 10	1	Ib/IIa Z A	01	Wiss. Angest.	50
06 151	425 10	1	Ib/IIa Z A	01	Wiss. Angest.	10
06 151	425 10	1	Ib/IIa Z A	01	Wiss. Angest.	25
06 151	425 10	1	Ib/IIa -CP	01	Wiss. Angest.	83
06 171	422 10	1	C 1		Hochschulassistent	27
06 171	422 10	1	H 1		Wiss. Assistent	32
06 181	422 10	1	C 4		Professor	31
06 220	422 10	1	C 3a		Professor	5
06 220	422 10	1	A 13		Studienrat i. H.	6
06 680	422 10	1	C 3		Professor	12
06 211	425 10	1	Ib/IIa Z A	01	Wiss. Angest.	15

Kapitel

- die sich aus den "Maßnahmen zur Änderungen der Personalstruktur aufgrund des 4. Gesetzes zur Änderung des WissHG, FHG und KunstHG" ergebenden Änderungen - insoweit ohne Veränderungsnachweise - in der endgültigen Fassung des Haushaltsplans 1988 vorzunehmen.

Gesamtabstimmung im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Annahme des Einzelplans mit Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen.

Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 06:

Angenommen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.O.P.

Antrag der Frakt. Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe

einstimmig

**EINZELPLAN 07 - MINISTER FÜR ARBEIT, GE-
SUNDHEIT UND SOZIALES**

Kapitel	Antrag der <u>Frakt.</u>	Abstimmungsergeb- nis in der <u>Arbeitsgruppe</u>
---------	--------------------------------	---

07 010 - Ministerium

Leerstellen

Zugang: 1 Stelle Bes.Gr. A 15
-Regierungsdirektor-
(Fraktionsdienst)

Abgang: 1 Stelle Bes.Gr. A 14
-Oberregierungsrat-
(Fraktionsdienst)

SPD einstimmig

07 110 - Staatl.Gewerbeärzte und Zen-
tralstelle für Sicherheits-
technik

Planmäßige Beamte

Zugang: 4 Planstellen Bes.Gr.
A 13
-Regierungsgewerberat-

6 Planstellen Bes.Gr.
A 10
-Gewerbeoberinspektor-

SPD Mit den Stimmen
der SPD bei
Enthaltung von
CDU und F.D.P.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
----------------	--	---

07.330 - Dienststellen der Kriegs-
opferversorgung

Angestellte (Titelgruppe 60)

Abgang: 4 Stellen

Verg.Gr. VIb/VII

dazu:

Streichung von 4 kw-Vermerken

bei den Stellen der

Verg.Gr. VIb/VII

einstimmig *)

Hinweis:

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und
Soziales und Angelegenheiten der Ver-
triebenen und Flüchtlinge hat den Perso-
nalhaushalt am 4.11.1987 beraten und ihn
zur Kenntnis genommen. (Vgl. Vorlage
10/1328).

Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 07:

*)

Bei Abwesenheit des Vertreters der
F.D.P.

Mit den Stimmen
der SPD gegen die
Stimmen der
CDU bei
Abwesenheit des
Vertreters der
F.D.P. angenommen

**EINZELPLAN 08 - MINISTER FÜR WIRTSCHAFT,
MITTELSTAND UND TECHNO-
LOGIE**

Kapitel _____

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe.....

Der Personalhaushalt des Einzelplans 08
bleibt gegenüber dem Entwurf unverän-
dert.

Hinweis:

Die Fachausschüsse haben den Personal-
haushalt des Einzelplanes 08 unverändert
zur Kenntnis genommen.

Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 08:

Mit den Stimmen
der SPD gegen die
CDU bei
Abwesenheit des
Vertreters der
F.D.P. angenommen

**EINZELPLAN 09 - MINISTER FÜR
BUNDESANGELEGENHEITEN**

Kapitel

09 010 - Ministerium

-Keine Änderungen gegenüber dem Entwurf-

Die Selbstbindung des Ressorts hinsichtlich einer späteren Verwendung der Planstelle der Bes.Gr. B 7 BBesO wurde erneuert.

Hinweis:

Der Einzelplan 09 wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 26.11.1987 mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die der Oppositionsfraktion angenommen.

Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 09:

Mit den Stimmen
der SPD gegen die
der CDU bei
Abwesenheit des
Vertreters der
F.D.P. angenommen

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

**EINZELPLAN 10 - MINISTER FÜR UMWELT,
RAUMORDNUNG UND LAND-
WIRTSCHAFT**

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>10 180 - Landesanstalt für Ökologie,</u>	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u>Landschaftsentwicklung und</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Forstplanung</u>		
<u>Planstellen</u>		
<u>Zugang:</u> 6 Planstellen Bes.Gr. A 13	SPD	Mit den Stimmen
-Regierungsräte-		der SPD gegen die
		der CDU-Fraktion
		bei Abwesenheit
		des Vertreters
		der F.D.P.
<hr/>		
<u>10 190 - Landesanstalt für Immissions-</u>		
<u>schutz</u>		
<u>Angestellte</u>		
Bei den Erläuterungen in der Zugangs-		
Übersicht der Stellen für Angestellte		
sind folgende redaktionelle Änderungen		
vorzunehmen:		
Verg.Gr. IV a	1 aus BAT IVb/Va auf-	
	grund tarifrechtlichen	
	Anspruchs nach FGr.10,	
	Verg.Gr. IVa - Allgem.	
	Teil	
Verg.Gr. Vb	4 aus BAT VIb/VII auf-	
	grund tarifrechtlichen	
	Anspruchs nach	
	Verg.Gr. Vb - Teil II	
	L I	einstimmig *)

*) Bei Abwesenheit des Vertreters der
F.D.P.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
----------------	--	---

10 200 - Staatl. Ämter für Wasser- und
Abfallwirtschaft

Planstellen

Zugang:

- 1 Planstelle Bes.Gr. A 16
-Ltd.Regierungsdirektor-
- 1 Planstelle Bes.Gr. A 14
-Oberregierungsrat-
- 8 Planstellen Bes.Gr. A 13
-Regierungsräte-
- 1 Planstelle Bes.Gr. A 13
-Regierungsoberamtsrat-
- 1 Planstelle Bes.Gr. A 12
-Regierungskartographenamts-
rat-
- 3 Planstellen Bes.Gr. A 10
-Regierungsoberinspektoren-

Angestellte

SPD

Zugang:

- 2 Stellen Verg.Gr. Ib, DA 01
- 3 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa,
DA 01
- 1 Stelle Verg.Gr. IIa, DA 01
- 3 Stellen Verg.Gr. III, DA 01
- 6 Stellen Verg.Gr. IVa, DA 01
- 1 Stelle Verg.Gr. IVb/Va,
DA 01
- 1 Stelle Verg.Gr. Vb/Vc, DA 02
- 6 Stellen Verg.Gr. Vc/VIb,
DA 04
- 4 Stellen Verg.Gr. VIb/VII,
DA 04

Mit den Stimmen
der SPD gegen
die Stimmen der
CDU bei
Abwesenheit des
Vertreters der
F.D.P.
beschlossen

Arbeiter

Zugang:

- 2 Stellen DA 01 (Pauschalta-
rif)

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag der Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe</u>
----------------	--------------------------	---

10 220 - Gewerbeaufsichtsämter

Planstellen

Zugang:

- 30 Planstellen Bes.Gr. A 13
-Regierungsgewerberäte-
- 37 Planstellen Bes.Gr. A 10
-Gewerbeoberinspektoren-
- 22 Planstellen Bes.Gr. A 6
-Gewerbesekretäre-

SPD

Mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P. beschlossen

10 260 - Staatl. Forstämter

Planstellen

- Zugang: 4 Planstellen Bes.Gr. A 13
-Regierungsräte-

SPD

Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit des F.D.P.-Vertreters

Hinweis:

Entsprechend dem Antrag der SPD sollen hier zu Lasten der Mittel für Werkverträge neue Stellen eingerichtet werden.

10 410 - Staatl.

Veterinäruntersuchungsämter.

Vet.-MTA-Lehranstalt.

Chemisches Landesunter-
suchungsamt NW

Planstellen

Zugang:

- 2 Planstellen Bes.Gr. A 13
-Regierungsveterinäräräte-
- 5 Planstellen Bes.Gr. A 9
-Regierungsinspektoren-

SPD

Mit den Stimmen der SPD gegen die der CDU bei Abwesenheit des F.D.P.-Vertreters

Hinweis:

Die Fachausschüsse haben sich mit dem Personalhaushalt nicht befaßt.

Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 10:

Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit des F.D.P.-Vertreters beschlossen

**EINZELPLAN 11 - MINISTER FÜR STADTENT-
WICKLUNG. WOHNEN UND
VERKEHR**

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>11 010 - Ministerium</u>	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u>Leerstellen:</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Zugang: 1 Stelle</u>		
Bes.Gr. A 13		
(höherer Dienst)		
-Fraktionsdienst-		
<u>Abgang: 1 Stelle</u>		
Bes.Gr. A 13		
(geh.Dienst)		
-Fraktionsdienst	CDU	einstimmig *)
<u>Angestellte: *)</u>		
<u>Zugang: 1 Stelle</u>		
Verg.Gr. Vb/Vc		
DA 02 kw (§ 42 LPVG)		einstimmig *)
<u>11 080 - Staatshochbauverwaltung</u>		
<u>Plänmäßige Beamte: *)</u>		
<u>Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr.</u>		
A 14 -kw- (§42 LPVG)		
<u>Angestellte: *)</u>		
<u>Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. IVa</u>		
DA 01-kw-(§42 LPVG)		
<u>Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. IIa</u>		
DA 01-kw-(§42 LPVG)		einstimmig *)
<u>Hinweis: *)</u>		
Anpassung der Stellen für Personalrats-		
mitglieder an den tatsächlichen Bedarf.		
<u>GesamtAbstimmung über Personal im</u>		
<u>Einzelplan 11:</u>		
*)		
Bei Abwesenheit des Vertreters der		
F.D.P.		
		Mit den Stimmen
		der SPD gegen die
		Stimmen der CDU
		bei Abwesenheit
		des Vertreters
		der F.D.P.
		angenommen.

EINZELPLAN 12 - FINANZMINISTER

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Kapitel12 010 - MinisteriumLeerstellenZugang: 1 Stelle Bes.Gr. A 13

-Regierungsrat-
(Bundestag)

einstimmig*

Abgang: 1 Stelle Bes.Gr. A 13

-Oberamtsrat-
(Bundestag)

SPD

12 050 - Oberfinanzdirektion und Finanz-
ämterPlanstellenZugang: 2 Planstellen Bes.Gr.

A 13

-Regierungsrat-
-kw- (§ 42 LPVG)

2 Planstellen Bes.Gr.

A 13

-Steueroberamtsrat-
-kw- (§ 42 LPVG)

einstimmig*

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr.

A 12

-Steueramtsrat-
-kw- (§ 42 LPVG)

Stellen für beamtete Hilfskräfte

(Beamte auf Probe bis zur Anstellung)

Abgang:

100 Stellen Bes.Gr. A 9

-Steuerinspektoren
z.A.-

einstimmig *

* = Bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
(noch 12 050)		
<u>Wegfall</u> des Erläuterungsvermerks:		
"Von den Stellen für Steuerinspektoren z.A. sind 100 kw zum 31.12.1988".		

Hinweis:

Dies entspricht der Vorlage 10/1284.

Beamte auf Widerruf im VorbereitungsdienstZugang:

27 Stellen für Finanzanwärter (Bes.Gr.A 9)

Erhöhung der Einstellungsermächtigung für Finanzanwärter (Bes.Gr. A 9) von 570 um 27 auf 597

SPD

So beschlossen mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der CDU und Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. IVa
-kw- (§ 42 LPVG)

3 Stellen Verg.Gr.
VIb/VII -kw-
(§ 42 LPVG)

1 Stelle Verg.Gr. VII
-kw- (§ 42 LPVG)

einstimmig*

Abgang: 5 Stellen Verg.Gr. IVb
-kw- (§ 42 LPVG)

2 Stellen Verg.Gr.
IVb/Vb -kw-
(§ 42 LPVG)

einstimmig*

* = Bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
(noch 12 050)	<u>der</u>	<u>nis in der</u>
<u>Arbeiter</u>	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
<u>Abgang:</u> 1 Stelle Lohngr. VII -kw- (§ 42 LPVG)		einstimmig

12 090 - Ausbildungs- und Fortbildungs-
einrichtungen

Planmäßige Beamte

<u>Zugang:</u> 3 Planstellen Bes.Gr. A 15 -Regierungsdirektor-	SPD	einstimmig
<u>Abgang:</u> 3 Planstellen Bes.Gr. A 14 -Oberregierungsrat-		

Stellen für beamtete Hilfskräfte
(Abgeordnete Beamte)

Zugang:

6 Stellen Bes.Gr.A 14 (Oberregierungsräte)		
2 Stellen Bes.Gr.A 13 (Regierungsräte)		einstimmig
6 Stellen Bes.Gr.A 13 (Steueroberamtsräte)		
11 Stellen Bes.Gr.A 12 (Steueramtsräte)		

Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 12:

Angenommen mit
den Stimmen der
SPD gegen die
Stimmen der CDU
und der F.D.P.

EINZELPLAN 13 - LANDESRECHNUNGSHOF

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
Frakt.	Arbeitsgruppe

Kapitel _____

13 - 010 - Landesrechnungshof

- Keine Änderung gegenüber dem Entwurf -

Hinweis:

Der Einzelplan wurde in der Sitzung des
Hauptausschusses am 13.10.1987
einstimmig angenommen.

**Gesamtabstimmung über Personal im
Einzelplan 13:**

einstimmig
beschlossen

[A faint, curved line or mark, possibly a signature or a stray mark.]